Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Montags bis Sonnabends 8 Uhr Morgens, Sonntags 9 Uhr Vorm. 11–½1 Uhr Mittags. In Filialen: Gr. Plauen. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite 20 Pfg., Familienseite „unterm Strich" Zeile 40 Pfg. Grundzeile für Anfrage oder nach Belegen 30 Pfg. Für Familiennachrichten 2c.), bei 30 Pfg. noch besonderem Lohn.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang.

Joppen, Mäntel, Paletots.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Dresden, 1896.

Simon's Annenhof Dresden.
Vorzügliches **Mittelstands-Hôtel** für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Im Centrum der Stadt.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.
Mässige Preise.

Edeltannenduft,
höchst angenehmes, ozonisirendes Zimmerparfüm, Fl. 1 Mk.
Franzbranntwein, echt, mit und ohne Salz, Flasche 75 Pf. bis Mk. 1.50.
Prompter Versandt nach auswärts. K. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

MATTONI'S GIESSHÜBLER alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 355. Spiegel: Reichseisenbahnprojekt. Hofnachrichten. Stübeldenkmal. Weihnachtsfest. Straßenbahn. Kritischer Tag. Veränderungen in der Justiz, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. | Muthmaßliche Witterung: Niederschläge. | **Donnerstag, 24. Dezbr.**

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist **es nothwendig,** die **Bestellungen** auf das

erste Vierteljahr 1897

bei **dem betreffenden Postamte sofort** bewirken zu wollen, da **andernfalls** auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.,** in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Im preußischen Herrenhause ist vor einigen Tagen der Schlußstein zu einem Gesetzgebungsakte gelegt worden, dessen weittragende Wichtigkeit im umgekehrten Verhältniß zu der trockenen, geschäftsmäßigen Ruhe steht, mit der die erste preußische Kammer ohne ein Wort des Widerspruchs die in Rede stehende Vorlage bewilligt hat. Es handelt sich um den Gesetzentwurf betr. den Erwerb der Hessischen Ludwigsbahn durch den preußischen Staat. Die Angelegenheit erregte bereits, während die Vorverhandlungen gepflogen wurden, bedeutendes Aufsehen, und zumal in den zunächst betheiligten hessischen Kreisen machte sich ein lebhafter Widerstand gegen die geplante Maßregel geltend, der vielfach die seltsamsten partikularistischen Blüthen zeitigte. Wenn man aber von derartigen Uebertreibungen absieht, so muß man bei ruhiger, vorurtheilsloser Würdigung der einschlägigen Gesichtspunkte doch zu dem Ergebniß gelangen, daß der Fall eine, wenn man so sagen darf, „unangenehme grundsätzliche" Bedeutung hat. Welcher Art diese ist, erhellt aus dem Wortlaute des Vertrags selbst und aus einer Erläuterung, die von den Motiven dazu im erweiternden Sinne gegeben wird. Es heißt nämlich ausdrücklich, daß das preußisch-hessische Verhältniß gegenüber der Ludwigsbahn, das rechtlich als ein Besitz auf gemeinsamem Gedeih und Verderb zu charakterisiren ist, auf den gesammten jetzigen und künftigen Eisenbahnbesitz beider Staaten ausgedehnt werden soll. Die Begründung stellt dazu die weitausgeholte Perspektive, daß es „angezeigt erscheine", die Aufnahme anderer deutscher Eisenbahnverwaltungen in die Gemeinschaft und Uebertragung der sich aus dem Gemeinschaftsvertrage ergebenden Rechte und Pflichten auf das Reich vorzubehalten. In den bezeichneten Sätzen erfolgt augenscheinlich ein offizielles Bekenntniß zu einer scharf unitarischen Eisenbahnpolitik oder mit anderen Worten zu dem Reichseisenbahnprojekt. So und nicht anders ist wenigstens die Sache in den führenden Bundesstaaten aufgefaßt worden, und es ist begreiflich, daß sich unter diesen Umständen überall dort schwere Besorgnisse geltend gemacht haben, wo man in den Landeseisenbahnen einen kostbaren Schatz zu hüten hat. Die nach dieser Richtung geäußerten Befürchtungen scheinen an der maßgebenden Stelle in Preußen nicht ganz ohne Eindruck geblieben zu sein. Wenigstens suchte der preußische Eisenbahnminister Herr Thielen nach allen Seiten hin zu beschwichtigen, indem er bei seiner Befürwortung des preußisch-hessischen Vertrags im Herrenhause folgende Erklärung abgab: „Entgegentreten möchte ich der vielfach in anderen Bundesstaaten aufgetretenen Auffassung, als ob beabsichtigt sei, die Bahnen der übrigen Bundesstaaten in die hier abgeschlossene Finanzgemeinschaft einzubeziehen oder in die Reichsverwaltung zu übernehmen. Das ist nicht der Fall. Mit den hier in Betracht kommenden Bestimmungen soll nur Denjenigen, die sich dieser Gemeinschaft anschließen wollen, die Gelegenheit dazu gegeben werden, womit nicht gesagt ist, daß Jemand dazu veranlaßt werden soll."

Ob es Herrn Thielen gelingen wird, mit jenen Worten die gewünschte allgemeine Beruhigung zu erzielen, ist fraglich. Die zuvorkommende Beflissenheit, mit der man preußischerseits den übrigen Bundesstaaten ohne ihren Wunsch und Willen eine Beitrittsgelegenheit offen hält, bleibt immerhin mindestens auffällig. Auch die Versicherung, daß Niemand „veranlaßt" werden soll, von der gebotenen Gelegenheit Gebrauch zu machen, darf in ihrem thatsächlichen Werthe nicht überschätzt werden. Stand doch seiner Zeit auch der Freien und Hansestadt Hamburg der Zollanschluß formell vollkommen frei. Schließlich wirkten aber die Umstände mit solcher zwingenden Gewalt, daß Hamburg nothgedrungen den Antrag auf Einbeziehung in das gemeinschaftliche Zollgebiet stellen mußte. Ebenso braucht Preußen nur in dem vorliegenden Falle gewisse Verhältnisse im Eisenbahnwesen konsequent weiter auszubauen und zu entwickeln, um schließlich einmal dahin zu gelangen, daß der einzelstaatliche Widerstand gegen die Reichseisenbahnen sich im entscheidenden Augenblick nicht erfolgreich zur Geltung zu bringen vermöchte. Voraussetzung dafür würde allerdings der Umstand sein, daß man in den betroffenen Bundesstaaten versäumte, sich rechtzeitig gegen die dem Landeseisenbahnwesen drohende Gefahr in Vertheidigungszustand zu setzen. Die Einzelstaaten werden also im Interesse ihrer Selbsterhaltung zur Wahrung des föderativen Charakters des Reichs dafür zu sorgen haben, daß jene Voraussetzung nicht eintritt.

Für unsere engere sächsische Heimath insbesondere ist die Erhaltung unseres eigenen Eisenbahnbetriebs eine eminente Lebensfrage. Kein anderer Bundesstaat hat ein so weitverzweigtes Eisenbahnnetz wie Sachsen, nirgends sonst wird dem wirthschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung durch den Ausbau von zunächst selbst unrentablen Linien in so ausgedehntem Maße Rechnung getragen. Gerade infolge dieses fürsorglichen Zugs, der unsere Eisenbahnverwaltung beherrscht, fühlt sich unser ganzes sächsisches Volk auf das Innigste mit seinem Eisenbahnwesen verwachsen und vermag sich den Gedanken gar nicht vorzustellen, daß es jemals anders werden könnte. Es würde aber wohl anders und ganz anders kommen, wenn einmal zu unglücklicher Stunde die sächsischen Eisenbahnen in ein ähnliches Verhältniß zu Preußen träten, wie es jetzt mit den hessischen Bahnen geschehen ist. Die kleinen Bedürfnisse würden dann unfehlbar hinter den größeren zurückstehen müssen. Vergebens würde sich Sachsen dann auf seine frühere Eisenbahnpolitik berufen, vergebens darauf hinweisen, daß die hochgespannten industriellen Interessen des Landes ein unentwegtes Festhalten an den bisherigen Grundsätzen erfordern. Man würde von Preußen aus einfach entgegnen, und noch dazu mit einem Scheine von formellem Recht, daß eine Reichseisenbahnpolitik nicht in erster Linie lokale Bedürfnisse berücksichtigen könne. Auch die rein finanzielle Seite der Frage spricht sehr wesentlich mit, da es denn doch noch keineswegs ausgemacht ist, daß durch eine Angliederung an das preußische System unseren Eisenbahnen, die jetzt eine der ersten Quellen des Wohlstands für unser Land und Volk sind, ihre früheren Einkünfte erhalten bleiben würden. Selbst gesetzt aber den Fall, daß eine Schmälerung des finanziellen Erträgnisses ausgeschlossen wäre, so darf man doch die sehr empfindlichen Imponderabilien, die hier mit in Frage kommen, keinesfalls außer Acht lassen: sie erfordern vielmehr die sorgsamste Pflege und Aufmerksamkeit. Die Sachlage ist ungefähr die gleiche, als wenn man einem gesunden Organismus, der bisher eine reichliche und nahrhafte Kost gewohnt gewesen ist, mit einem Male blos die jener Kost entsprechenden chemischen Substanzen zuführen wollte. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß trotz dieser „rationellen" Ernährungsweise der bis dahin gesunde Körper sehr bald krank und schwach werden würde. Auch unser Sachsen würde den stärksten Theil seiner Lebenskraft einbüßen, wenn Preußen den Betrieb der sächsischen Eisenbahnen übernähme und dem sächsischen Staate blos am Ende jedes Rechnungsjahrs den Erlös in klingender Münze auf den Tisch zählte. Ein Eisenbahnwesen von so ausgeprägter Eigenart wie das sächsische, ist, das muß bei der Beurtheilung der Sache wohl beachtet werden, zugleich ein ideales Gut des Volkes. Volk und Regierung haben viele Jahrzehnte hindurch unendlich viel Liebe, Mühe, Fleiß und Hingebung an diesen Gegenstand ihrer Staatswirthschaft gewendet und deshalb sind sie ihm auch ergeben mit Herz und Hand, deshalb hüten sie ihn wie ihren Augapfel und erblicken in ihm eine Verkörperung ihrer stammesmäßigen Eigenart, die schönste Frucht ihres wirthschaftspolitischen Ringens und Strebens.

Viel wird für das endliche Schicksal eines Reichseisenbahnprojekts davon abhängen, wie sich die süddeutschen Bundesstaaten, vor Allem Bayern, zu der Sache stellen. Unmittelbar bedenklich würde die Lage für Sachsen erst von dem Augenblicke an werden, wo es allein den preußischen Reichseisenbahnabsichten gegenüberstände. So lange aber der Plan die geschlossene Gegnerschaft Sachsens und der süddeutschen Staaten hindert, erscheint ein weiteres Fortschreiten auf der von Preußen betretenen Bahn nicht wohl ausführbar. In diesem Sinne dürften die Aeußerungen beruhigend wirken, die von den „Münch. N. N." zu dem Gegenstand gemacht werden. Das genannte Blatt weist die preußischen Strebungen zurück mit der Erklärung, daß die süddeutschen Bahnen, trotzdem sie lange nicht so gut rentirten, wie die preußischen, dennoch mehr Verkehrserleichterungen eingeführt hätten. Der preußische Eisenbahnrath aber scheine jetzt sogar wieder die längst in Aussicht genommenen billigeren Tarife für Brennstoffe und Erze in Frage stellen zu wollen. Zuletzt heißt es: „Soll man sich in Süddeutschland für eine Eisenbahngemeinschaft mit Preußen erwärmen, so müßte jedenfalls in Berlin eine andere Eisenbahnpolitik getrieben werden, weniger fiskalisch, mehr für das Allgemeinwohl, den Verkehr selbst." Ganz so deutlich, wie es wünschenswerth gewesen wäre, ist diese Absage freilich nicht ausgefallen. Umso mehr Grund haben wir in Sachsen, die Augen offen zu halten und den weiteren Lauf der Dinge mit größter Wachsamkeit zu verfolgen. Insbesondere werden wir unsere Anstrengungen verdoppeln müssen, um unser Eisenbahnwesen so zu gestalten, daß es allen Anforderungen der Neuzeit nicht nur in technischer Hinsicht, sondern auch mit Bezug auf den Komfort der Reisenden durchaus entspricht. Nur dann wird es uns gelingen, gegenüber der preußischen Konkurrenz, die sich auf Schritt und Tritt uns hemmend in den Weg stellt, das Feld zu behaupten und eine Zuspitzung der Entwickelung bis zu dem Punkte zu verhindern, wo wir keine freie Entschließung mehr haben würden. Diese Erkenntniß zu verbreiten, ist der Zweck der vorstehenden Ausführungen, die lediglich zur Vertheidigung der höchsten berechtigten Interessen unseres sächsischen Heimathsstaates ergangen sind und sich im Uebrigen von jedem, wie immer geartetem „Partikularismus" im üblen Sinne des Wortes frei wissen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. Dezbr.

Berlin. Das neue Schauspiel Ibsen's „John Gabriel Borkmann" wird noch in dieser Session am hiesigen Deutschen Theater in Scene gehen. — Der Betrag der für die Naturalverpflegung zu gewährenden Vergütung für 1897 ist dahin festgestellt worden, daß an Vergütung für Mann und Tag zu gewähren ist: für die volle Tageskost mit Brot 80 Pfg., ohne Brot 65 Pfg.; für die Mittagskost 40 Pfg., für die Abendkost 25 Pfg., für die Morgenkost 15 Pfg., ohne Brot 5 Pfg. weniger.

Berlin. In dem Prozeß, den die deutsche Gasglühlicht-Aktien-Gesellschaft, Patent Auer, gegen eine große Anzahl Konkurrenzfirmen wegen einer Patentverletzung angestrengt hatte, war in erster Instanz durch Theilurtheil dahin erkannt worden, daß die Verklagten sich bei Vermeidung einer für jeden einzelnen Fall der Uebertretung bis zu 500 Mark steigenden Strafe der von der Klägerin beanstandeten Fabrikation von Gasglühlichtbrennern, sowie des Verkaufs, in den Verkehr bringen u. s. w. derselben enthalten sollen. Gleichzeitig sei dahin entschieden worden, daß das Urtheil sofort vollstreckbar sein soll, wenn die Klägerin in jedem einzelnen Prozeßfall 25.000 Mark hinterlegt. Die Beklagten hatten hiergegen Berufung bei dem Kammergericht eingelegt, welches dahin entschied, daß die in erster Instanz nöthigenfalls sofortige Vollstreckbarkeit des Urtheils in allen der Klage zu Grunde liegenden Fällen aufgehoben wird, während in der Sache selbst noch weitere umfangreiche Beweisaufnahmen beschlossen sind: durch Vernehmung von Zeugen über die Vorbenutzung des patentirten Brenners, durch Vernehmung von Sachverständigen über das, was an den patentirten Brennern seiner Zeit neu war und, falls die Sachverständigen sich widersprechen, durch Obergutachten des Patentamts.

Köln. In der Gasanstalt der Eisenbahnhauptwerkstätte in Nippes erfolgte eine gewaltige Explosion in dem Augenblicke, als Arbeiter mit dem Abfüllen des beim Kohlenwasserstoff sich ansammelnden Wassers beschäftigt waren. Die Arbeiter wurden zu Boden geschleudert und durch brennende Gase zwei derselben schwer verletzt. Ueber die Ursache des Unglücks ist Untersuchung eingeleitet.

Stargard. In Sachen des Leutnants v. Zastrow finden täglich umfangreiche Vernehmungen statt. Die Polizei soll bereits den Haupttäter, der den Offizier hinterrücks geschlagen hat, in der Person eines Handwerksburschen ermittelt haben. Der Knabe Wiese ist an einer Gehirnerschütterung erkrankt.

Posen. Die Strafkammer in Gnesen verurtheilte den Gerichtsassessor Hartmann aus Bromberg und den Landwirth v. Rutkowski wegen Zweikampfes mit tödtlichen Waffen zu 4 Monaten Festung. Die Verurtheilten hatten am letzten Sedantage in einem Gasthause Streit bekommen, in dessen Verlauf v. Rutkowski den Assessor forderte. Das Duell fand am 5. September statt, verlief aber unblutig.

Wien. Die „N. Fr. Pr." läßt sich aus Odessa melden, daß Kaiser Wilhelm im März n. J. auf der Rückreise aus Palästina über Odessa nach Petersburg zum Besuch des Czarenpaares sich begeben werde.

Pest. In der staatlichen Tabakfabrik in Szomolnok strömte infolge eines Sprunges an einer Röhre in einem Arbeitszimmer, in welchem sich ein Inspektor, zwei Arbeiterinnen und zwei Kinder befanden, Kohlenoxydgas aus, durch welches die erwähnten fünf Personen betäubt zusammenbrachen. Bevor man das Unglück in der Fabrik entdeckte, waren alle fünf Personen todt.

Paris. Der vom Kriegsminister ausgearbeitete Gesetzentwurf betr. Verstärkung der Infanterie und Schaffung von 145 neuen Bataillonen ist in Aussicht.

Rom. Der Papst empfing heute das heilige Kollegium der Kardinäle. Er erinnerte in seiner Ansprache daran, wie er sich bemüht habe, seine Mission dadurch zu erfüllen, daß er die Völker aufforderte, den Charakter der Kirche und des Papstthums ohne Vorurtheil zu betrachten, um durch den Einfluß des Christenthums auf die bürgerlichen und sozialen Einrichtungen den Frieden zu sichern. Der Papst bedauerte alsdann, daß seine Mission durch die gegenwärtige Lage mißlich gemacht sei, wie man gesehen habe, als er den Gedanken gefaßt habe, den Hunderten, im fernen feindlichen Lande befindlichen, vom Waffenglück verlassenen tapferen Soldaten Trost zu bringen. Diese That des Mitleids sei eigentlich und schutzlos der Beleidigung und der Verleumdung ausgesetzt worden. Die Lage würde also immer noch von demselben Geiste beherrscht, denn der Konflikt bestehe fort, der Millionen Gewissen in Unruhe versetze und wie ein Alp auf dem Geschicke Italiens laste.

Bern. In Uebereinstimmung mit dem Ständerath hat nunmehr auch der Nationalrath dem Bundesrath die Ermächtigung zur Kündigung bezw. Konversion der Staatsanleihe von 18[illegible] ertheilt. Die neuen Titel werden in Beträgen von 1000 Francs als Inhabertitel ausgegeben.

Madrid. Besorgniß erregt das Auftauchen von Banden in Bobelda.

Lissabon. Halbamtlich wird mitgetheilt, daß der Zwischenfall zwischen dem Deutschen Reiche und Portugal beigelegt ist. Der Gouverneur wird dem deutschen Konsul einen Besuch abstatten, den Letzterer erwiedern wird. Ein portugiesisches Kriegsschiff wird die deutsche Flagge salutiren, ein deutsches Schiff wird die gleiche Ehre der portugiesischen Flagge erweisen.

Haag. Die 2. Kammer nahm mit 56 gegen 29 Stimmen das neue Zuckergesetz an. Durch dasselbe werden die Prämien für die Rübenzuckerfabrikanten für 1897 auf 2 Gulden 51 Cents pro 100 Kilogramm festgesetzt, bis zum Höchstbetrag von insgesammt 2½ Millionen Gulden im Jahre 1897. Dieser Prämienbetrag soll alsdann 8 Jahre hindurch jährlich um 100.000 Gulden vermindert werden. Für Raffinade wird der Prämienbetrag auf eine halbe Million Gulden pro 1897 festgesetzt; dieser Betrag soll 5 Jahre hindurch jährlich um 50.000 Gulden niedriger bemessen werden.

London. Trotzdem während des gestrigen Tages im Befinden Gladstone's eine Besserung eintrat, hegen die Aerzte doch ernstliche Besorgniß über den Ausgang der Krankheit. — Im Namen des internationalen Hafenarbeiterverbands sandte Tom Mann weitere 1000 Mark nach Hamburg für die Ausständigen.

Sofia. Im Prozeß gegen die Mörder Stambulow's wurde das Zeugenverhör fortgesetzt. Der ehemalige Minister Sallabaschef sagte gleichfalls aus, daß Bone, Georgiew und Tüfektschiew von Stambulow als seine Mörder bezeichnet wurden. Journalist Brow, ein politischer Gegner Stambulow's, erklärt, ein Vertrauensmann Stambulow's sei zu ihm gekommen und habe ihm in dessen Namen ein Bündniß und materielle Unterstützung im Kampfe gegen die Regierung Stoilow's angeboten, wenn er Schutz für das Leben Stambulow's gegenüber sechs oder sieben Personen

Rinn's (Inhaber Heinrich Rinn) **Kinderzahnmittel.** Dresdner Molkerei Gebr. Rinn, Bautznerstr. 79. Trocken-füllerung.